

Vereinbarung über Grundsätze einer gemeinsamen kommunalpolitischen Arbeit im Bezirksamt und in der BVV Marzahn-Hellersdorf von Berlin in der VIII. Wahlperiode zwischen den Parteien und Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU

Im Wissen um gemeinsame Verantwortung im Bezirksamt für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf und die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Bürgerinnen und Bürger haben die drei Parteien DIE LINKE, SPD und CDU Grundsätze einer gemeinsamen kommunalpolitischen Arbeit formuliert. In Anerkennung unterschiedlicher politischer Programme der unterzeichnenden Parteien werden als Partnerinnen auf Augenhöhe Schritte zur Bildung eines arbeitsfähigen Bezirksamtes und gemeinsame Handlungsfelder der Kommunal- und Landespolitik verabredet. Die Parteien und Fraktionen streben an, im demokratischen offenen Diskurs in der BVV und mit Bürgerinnen und Bürgern die möglichst besten Lösungen für anstehende Herausforderungen in unseren Bezirk zu verwirklichen.

Bildung des Bezirksamtes

1. Als stärkste Fraktion übt DIE LINKE ihr Vorschlagsrecht zur Wahl der Bezirksbürgermeisterin aus. Die unterzeichnenden Fraktionen unterstützen mit ihren Stimmen die Wahl von Dagmar Pohle für den Zeitraum der gesamten VIII. Wahlperiode.

2. Die unterzeichnenden Fraktionen unterstützen mit ihren Stimmen die Wahlvorschläge von DIE LINKE, SPD und CDU für die weiteren Mitglieder des Bezirksamtes.

Gemeinsame politische Handlungsfelder

Die unterzeichnenden Parteien und Fraktionen verständigen sich bei den nachfolgend vereinbarten Themen auf eine gemeinsame Vorgehensweise während der VIII. Wahlperiode. Darüber hinaus handeln die Parteien und Fraktionen eigenverantwortlich.

Bürgerbeteiligung und Demokratie

Der Bürgerhaushalt wird fortgeführt und kon-

tinuierlich weiterentwickelt. Die Fraktionen werden konkrete Schritte für die Behandlung der Vorschläge in der BVV entwickeln. Regelmäßige Einwohnerversammlungen werden wieder eingeführt. Die Abstimmung über Zeitpunkt, Ort und Schwerpunktsetzung erfolgt zwischen BVV-Vorstand und Bezirksamt. Es werden weitere Formen, digitale und analoge, der wechselseitigen Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung entwickelt, um politische Prozesse und Verwaltungsabläufe sichtbar zu machen. Die Parteien und Fraktionen werden das Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf weiterhin unterstützen.

Infrastruktur

Die öffentliche Infrastruktur, u.a. Straßen, Wege, Schulen und Verwaltungsgebäude, brauchen dringend zusätzliche Investitionen. Die dafür vom Senat bereitgestellten Mittel müssen dafür voll eingesetzt und zusätzliche erwirkt werden. Bezirkliche Investitionsmittel werden hierfür ebenfalls bereitgestellt. Das bezirkliche Infrastrukturkonzept ist dabei richtunggebend. Der Neubau von Schulen und die Schaffung besserer Lernbedingungen durch Sanierung von Schulgebäuden haben Priorität.

Die Parteien und Fraktionen werden sich gemeinsam für die Sanierung des Bürodienstgebäudes „Altes Rathaus Marzahn“, Helene-Weigel-Platz 8, engagieren und eine kulturelle Nutzung des Ratskellers prüfen.

Bildung

Alle bestehenden Schulformen werden durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf unterstützt, damit sie guten Unterricht durchführen können. Die beschlossenen Gemeinschaftsschulen werden bei Ingangsetzung und Betrieb unterstützt.

Der bezirkliche Schulentwicklungsplan wird überarbeitet und den veränderten Bedingungen angepasst. Die Schaffung zusätzlicher Platzkapazitäten steht im Mittelpunkt. Wir begleiten den Oberschulneubau in der Straße an der Schule mit dem Ziel der Eröffnung zum Schuljahresbeginn 2019/20 und die zwei ebenfalls im Schnellbauprogramm befindlichen Turnhallen.

Der Bezirk soll auch bei weiteren Maßnahmen den Schnellbau von Schulen und Sporthallen sowie die Reaktivierung ehemaliger Schulstandorte anstreben.

Wirtschaft und Arbeit

Die Parteien und Fraktionen engagieren sich dafür, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung des Bezirkes vorangetrieben wird. Schwerpunkte bilden die bereits ausgeprägten Wirtschaftsbereiche der Gesundheitsversorgung und -dienstleistung, der Tourismus sowie die weitere Unternehmensansiedlung in den Industrie- und Gewerbegebieten, insbesondere im Cleantech Business Park Berlin Marzahn.

Fortsetzung auf Seite 2

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2

Grundsätze einer gemeinsamen kommunalpolitischen Arbeit ... (Forts. von S. 1)

Seite 3

Petra Pau: Was macht Thomas de Maizière? / Das „weiße Dorf“ in Hellersdorf

Seite 4

Regina Kittler: Starke LINKE im Abgeordnetenhaus / Kunstaktion in Hellersdorf / IGA-Campus

Seite 5

BVV konstituierte sich / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6

IGA-Herbstfest / Linke Umweltpolitik - wie weiter? / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7

Zur Person: Maurice Martin / Spendenaufruf

Seite 8

Vermischtes: Tipps, Termine / Hinten links: Buße

Samstagsblättern.

Haben wollen?
Jetzt bestellen unter:
www.neues-deutschland.de/kambi
oder
Tel. 030 2978 1800

Das Schönste am Wochenende:
Endlich nicht mehr Bus fahren.
Richtig Platz zum Frühstück
und Schmökern. Geht nirgends
besser als mit dem fetten
Wochenend-»nd«.
Mal'n Monat ausprobieren?
10 €!*

* Das Aktionsabo endet nach einem Monat und verlängert sich nicht ohne Ihre Zustimmung.

neues deutschland nd

Das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit soll gestärkt werden. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagentur muss weiter verstetigt werden. Der Abbau von Arbeitslosigkeit, insbesondere von jungen Menschen, hat für die unterzeichnenden Parteien Priorität.

Kita-Ausbau

Der Ausbau von Kita-Plätzen ist gemeinsames Ziel der Parteien und Fraktionen. Der Kita- Eigenbetrieb und die freien Träger werden unterstützt, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. In den Großsiedlungen und Siedlungsgebieten braucht es gleichermaßen Anstrengungen den Ausbau bestehender und den Neubau von Kindertagesstätten zu beschleunigen. Das Bezirksamt wird gegenüber dem Land die notwendigen Ressourcen für eine angemessene Platzversorgung einfordern. Förderprogramme sind verstärkt einzusetzen. Der Abschluss von Erbbaurechtsverträgen soll zur Reduzierung der Baukosten und zum Erhalt öffentlichen Eigentums verstärkt eingesetzt werden.

Soziales

Die unterzeichnenden Parteien engagieren sich für einen lebenswerten Bezirk, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer persönlichen und sozialen Lage am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Einen Schwerpunkt bildet die Bekämpfung der Kinder- und der Altersarmut, insbesondere in den sozial benachteiligten Regionen des Bezirkes. Wir wollen bestehende Netzwerke und Strukturen stärken und neue knüpfen, um gemeinsam mit sozialen Trägern, Initiativen und Partnerinnen in der Wirtschaft dem sozialen Auseinanderdriften der Stadtteile entgegen zu wirken.

Integration

Die Parteien und Fraktionen engagieren sich für ein respektvolles Miteinander aller Menschen mit und ohne Migrationserfahrung in Marzahn-Hellersdorf.

Wir werden gemeinsame Anstrengungen für die berufliche und soziale Integration geflüchteter Menschen unternehmen.

Der Masterplan für Integration und Sicherheit muss rasch umgesetzt, die Maßnahmen regelmäßig evaluiert werden.

Der Bezirk wird seine eigene Konzeption zur Integration weiterentwickeln und den veränderten Bedingungen anpassen.

Die Parteien und Fraktionen werden sich auch weiterhin gemeinsam für eine menschenwürdige Unterbringung geflüchteter Menschen engagieren.

Haushalt/Personal/Verwaltung

Die Parteien bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Ämter im Bezirksamt als bürgernahe Dienstleister und ihre Entscheidungsmöglichkeiten und Finanzierung gestärkt werden müssen.

Die unterzeichnenden Parteien streben die

weitere Konsolidierung mit dem Ziel des Schuldenabbaus und eines ausgeglichenen Haushaltes an. Hierzu wird das Bezirksamt mit dem Senat über ein weiteres Konsolidierungsprogramm in Verhandlungen eintreten. Eine Anerkennung durch den Senat von nicht selbstverursachten Schulden wird angestrebt, um bisher für die Entschuldung gebundene Investitionsmittel wieder sachgerecht einsetzen zu können.

Das Bezirksamt wird sich gegenüber dem Senat für eine vollständige Abfederung von Mehrkosten bei den Transferausgaben einsetzen. Insbesondere eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Finanzierung der Hilfen zur Erziehung ist zu erwirken.

Das bezirkliche Forderungsmanagement wird weitergeführt. Die daraus resultierenden Erfahrungen werden regelmäßig evaluiert.

Die stetige Modernisierung der Verwaltung, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, sehen die unterzeichnenden Parteien und Fraktionen als gemeinsame Aufgabe an. Das Bezirksamt wird gegenüber dem Senat für die Abschaffung des Personalabbaus (sog. VzÄ-Konzept) eintreten. Stattdessen wird ein den bezirklichen Aufgaben entsprechender Personalaufwuchs angestrebt. Die Einstellungsverfahren müssen beschleunigt werden.

Wohnungsbau

Der Bau von ausreichend bezahlbaren Wohnungen ist gemeinsames Ziel der Parteien und Fraktionen. Das Bezirksamt wird die Anstrengungen des Senates unterstützen und durch die stetige Evaluation des bezirklichen Wohnungsmarktentwicklungskonzeptes flankieren. Es wird ein ausgewogenes Verhältnis von preiswertem und höherwertigem Wohnraum in allen Regionen des Bezirkes angestrebt, um einem sozialen Auseinanderdriften entgegen zu wirken.

Das Bezirksamt wird durch eigenes Engagement in Fragen der Liegenschaftspolitik Einfluss auf den schnellen Bau von sozial verträglichem Wohnraum nehmen.

Das bezirkliche Infrastrukturkonzept ist den sich verändernden Bedingungen regelmäßig anzupassen.

Verkehr

Das Bezirksamt wird ein Mobilitätskonzept für den Ausbau von Straßen, Fuß- und Radwegen sowie der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs erarbeiten. Ein Schwerpunkt liegt auf den Ortsteilen Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf, in denen zu großen Teilen Geh- und Radwege fehlen.

Die Parteien und Fraktionen setzen sich für die schnelle Umsetzung der Tangentialverbindung Ost (TVO) ein. Bei der der Streckenführung wird die Kompromissvariante der drei beteiligten Bezirke gegenüber dem Senat vertreten. Weiterhin engagieren sich die Parteien gegenüber dem Land Berlin für die Umsetzung einer Nahverkehrstangente parallel zur Straßentrasse.

Die Ortsumfahrung Ahrensfelde muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Die

Parteien und Fraktionen werden das Planfeststellungsverfahren begleiten, regelmäßig vor Ort informieren und sich für eine an den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern orientierte Variante engagieren.

Die unterzeichnenden Parteien und Fraktionen setzen sich für einen 10-Minutentakt der Tram zum S-Bahnhof Mahlsdorf ein. Sie sprechen sich dafür aus, dass dazu keine Maßnahmen realisiert werden, die eine Verschlechterung des Individualverkehrs und eine erhöhte Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner im Ortskern Mahlsdorf zur Folge haben würden. Die Parteien präferieren eine gemeinsame Lösung mit Brandenburg.

IGA

Die Parteien und Fraktionen werden auch weiterhin die Vorbereitungen und die Durchführung der IGA 2017 begleiten. Sie wird ein herausragendes Ereignis für unseren Bezirk werden.

Gemeinsames Ziel ist es, eine ökologische, soziale und nachhaltige IGA zu unterstützen und unseren Bezirk einem breiten Publikum während und nach der IGA näher zu bringen. Das Bezirksamt wird Einfluss auf die Nachnutzung der nach der IGA wieder öffentlich zugänglichen Flächen nehmen.

Kultur

Die Parteien und Fraktionen wollen die Qualität der Angebote im Kulturbereich verbessern und unterstützen die Schwerpunktsetzung im Bereich kulturelle Bildung.

Freibad

Das Bezirksamt wird sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass eines der vier vom Senat geplanten neuen Bäder in der Region Marzahn-Hellersdorf errichtet wird.

Berlin im Oktober 2016

Norbert Seichter

Für DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Bjoern Tielebein

Für die Fraktion DIE LINKE

Stefan Komoß

Für die SPD Marzahn-Hellersdorf

Ulrich Brettin

Für die Fraktion der SPD

Mario Czaja

Für die CDU Wuhletal

Johannes Martin

Für die Fraktion der CDU

Tierische Bedenken

Dem Höckerschwan schwant nichts Gutes
Der Storch meidet den Rückflug nach
Deutschland

Wo gleichnamige AfD-lerin

Faule Polit-Eier ausbrütet

Jürgen Riedel

Petra Pau (MdB):

Was macht Thomas de Maizière?

Vor fünf Jahren, am 4. November 2011, flog in Eisenach das Nazi-Terror-Trio namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) auf. Zwölf Jahre lang waren Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe untergetaucht. Aus dieser Zeit werden ihnen zehn Morde, zwei Anschläge und zahlreiche Banküberfälle zur Last gelegt.

Wenige Tage nach dem NSU-Finale, am 11.11.2011, wurden im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Schredder angeschmissen und massenhaft Akten vernichtet. „Aus Datenschutzgründen“, hieß es im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, wenig glaubhaft. Dank des zweiten Untersuchungsausschusses sind wir klüger. Der zuständige Beamte, Herr Lingen, hat eingeräumt, dass die Akten den Ermittlungen zum NSU-Komplex entzogen werden sollten. Das war mithin eine Straftat, belegt durch Protokolle des Bundeskriminalamtes. Wird gegen ihn inzwischen strafrechtlich ermittelt? Nein, auch der Generalbundesanwalt schweigt vernehmbar. Bei den Akten handelt es sich übrigens vor allem um solche über V-Leute, also Nazi-Spitzel im Staatsdienst. Welche Hinweise hatten diese über den Verbleib des NSU-Trios und über deren verzweigte Verbindungen in die Nazi-Szene geliefert? Und was wussten folglich die Ämter für Verfassungsschutz? Denn nicht nur im Bund wurde Beweismaterial vernichtet, auch in mehreren Bundesländern.

Keine Frage: Herrn Lingen war die Brisanz bekannt, denn er war zugleich zuständig für die V-Mann-Führung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Übrigens nicht nur er, überhaupt kein Beamter des Verfassungsschutzes wurde bisher für die Be- oder Verhinderung von NSU-Untersuchungen rechtsstaatlich belangt. Einige wurden versetzt, andere befördert.

Zum fünften Jahrestag des NSU-Finales in Eisenach erinnere ich daran, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel wenig später den Angehörigen der Opfer umfassende und bedingungslose Aufklärung versprochen hatte. Das war in einer Trauerstunde in Berlin und nach Lage der Dinge ein Meineid. Und auch das sei noch angemerkt. Ein Prominenter taucht bei alledem stets energisch ab: Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Er ist politisch verantwortlich für das Bundesamt für Verfassungsschutz und für das Bundeskriminalamt. Sie alle waren am NSU-Desaster beteiligt und sind es noch immer.

Das „Weiße Dorf“ in Hellersdorf

Endlich, genau nach einem Jahr, sind am 20. Oktober die letzten Bewohner der Notunterkunft Turnhalle Rudolf-Leonhard-Straße, deren Träger die Volkssolidarität war, in die Gemeinschaftsunterkunft Zossener Straße umgezogen. Träger ist hier das EJF, das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk. Dort stehen über 60 weiße Wohncontainer in mehreren langen Reihen. Alles zu ebener Erde. Viele Bäumchen und Büsche -aus der Bevölkerung gestiftet - lockern das strenge Weiß auf. Ein Erdwall und Maschendrahtzaun schützen (?) die Ansiedlung. Hier hat jede Familie, wenn auch vorübergehend, ihr Zuhause und kocht auch für sich selbst. Die Frauen freuen sich ganz besonders. Sie haben ihre Hausarbeit wieder! Die Kinder sind gemeinsam in einem bunten Spielzimmer gut aufgehoben. Die Einrichtung bleibt auf das Notwendigste beschränkt. Mehr wollen sie auch gar nicht. Noch nicht alle wissen, ob sie den Flüchtlingsstatus bekommen. Trotzdem freuen sich alle erst einmal. „Gut, gut!“, ist die Antwort auf die Frage, wie es ihnen gefällt. Bleibt zu



hoffen, dass sie hier genauso ruhig leben können, wie in der Turnhalle ohne Zaun. Wäre Frieden in Syrien, gingen viele zurück. Meine

persönlichen Kontakte zu drei Familien pflege ich weiter (siehe Foto). Beim ersten Besuch musste ich in jede Wohnung kommen. Überall sollte ich essen und trinken. Ihre Gastfreundschaft ist wohl unübertroffen.

Gudrun Benser (Text und Foto)

Einladung

Der Ernst-Busch-Chor Berlin lädt zu seinem Weihnachtskonzert am 3. Dezember 2016 um 17.00 Uhr in die

Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde ein.
Ort: Am Tierpark 28 / U-Bhf. Tierpark,
Bus 194 / Tram M17

Eintritt: 10 Euro / ermäßigt 8 Euro
Kartenverkauf über Frau Schönborn
Tel.: 030 9712317 oder

E-Mail: ebcb-karten@gmx.de
oder mittwochs von 12.30 –13.00 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1
vor dem Münzenbergsaal

Open air

Streichquartett in Streuobstwiese
Erntedank dank Artenvielfalt

Janina Niemann-Rich

Weit

Jahreszeitenwandel
Nebelschauer
buntgefärbt

Janina Niemann-Rich

Hauptversammlung hat gewählt

Am 8. Oktober trafen sich die Delegierten der Marzahn-Hellersdorfer Hauptversammlung im Theater am Park in Biesdorf, um ihre Kandidatinnen für das künftige Bezirksamt zu nominieren, zu entscheiden, wer seitens der BVV-Linksfraktion



Foto:
Juliane Witt

in den Vorstand der BVV einziehen möge. Fürs Bezirksamt nominiert wurden Dagmar Pohle als Kandidatin für das Amt der Bezirksbürgermeisterin, Juliane Witt als Kandidatin für das Amt einer Bezirksstadträtin, Klaus-Jürgen Dahler

für den Vorstand der BVV, im Foto bereits gewählt als Stellvertretender BVV-Vorsteher (s. auch S. 5 dieser Ausgabe). Glückwunsch dazu! Die Hauptversammlung wählte außerdem die Delegierten für den 6. Landesparteitag der LINKEN. Berlin: Klaus-Jürgen Dahler, Zoe Dahler, Uwe Doetzki, Lutz Henske, Regina Kittler, Beatrice Morgenthaler, Bernd Ostermann, Petra Pau, Dagmar Pohle, Erika Preußner, Eberhard Roloff, Kristian Ronneburg, Manuela Schmidt, Norbert Seichter, Björn Tielebein, Jan Wiechowski, Juliane Beate Witt und Heide-Lore Wagner, Ersatzdelegierte sind: Gisela Höbbel und Hans-Peter Schneider. Die erste Tagung des 6. Landesparteitages wird am 10./11.12., jeweils ab 10 Uhr, im WISTA-Veranstaltungszentrum Adlershof stattfinden und u.a. den Landesvorstand neu wählen.

MHI

Regina Kittler: Starke LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus

Starke LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus ist ordentlich gewachsen. Am 27. Oktober konstituierte sich das Berliner Abgeordnetenhaus und statt bisher 19 werden künftig 27 Abgeordnete für linke Politik im Land streiten. Dreizehn sind Neulinge im Parlament, zwölf davon haben ihr Mandat direkt gewonnen. Die neue Fraktion besteht aus 14 Frauen und 13 Männern und wird von Carola Bluhm und Udo Wolf als Doppelspitze geführt. Aus unserem Bezirk sind wir nun zu dritt: direkt gewählt Dr. Manuela Schmidt und Kristian Ronneburg und ich über die Landesliste. Manuela Schmidt hat als nunmehrige Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses viel Verantwortung übernommen, wofür ich ihr Kraft und Durchsetzungsvermögen, aber auch Gelassenheit wünsche.

Zum Atemholen sind wir nach der Wahl noch nicht wirklich gekommen. Es gibt die Chance, etwas Neues in unserer Stadt zu wagen. Es ist die Chance, dass ein Dreierbündnis aus Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Linken und Grünen, von vielen auch „r2g“ genannt, gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern das Leben hier verändert. Das fängt mit einem veränderten Regieren an und wir wollen es auf Augenhöhe.

Das üben wir gegenwärtig in bis in die Nächte gehenden Koalitionsverhandlungen. Ich leite die Verhandlungen zu Bildung und bin bei denen zu Jugend, Wissenschaft, Kultur, Medien und Netzpolitik dabei. Das ist keine leichte, aber spannende Aufgabe, und ich hoffe, wir werden sie alle zusammen bewältigen. Bis zum Dezember soll der Koalitionsvertrag fertig sein.

Vorher hat bei der LINKEN mit einem Mitgliederentscheid die Basis das letzte Wort. Jedes Mitglied wird einen Koalitionsvertragsentwurf bekommen und kann dann ab- und mitbestimmen, ob wir mit den gefundenen gemeinsamen Zielen und den Vorschlägen für ihre Verwirklichung in Berlin mitregieren sollen.



Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus ist in der 18. Wahlperiode ordentlich gewachsen. 27 Abgeordnete streiten jetzt für linke Politik im Land. 13 sind Neulinge im Parlament, die herzlich willkommen heißen. Zwölf haben ihr Mandat direkt gewonnen, 15 ziehen über die Liste ein, zehn kommen aus dem Westteil der Stadt. Die neue Fraktion besteht aus 14 Frauen und 13 Männern. Die Fraktionsvorsitzenden-Doppelspitze bilden Carola Bluhm und Udo Wolf.

Foto: Linksfraktion Berlin

Wenn es dazu kommt, haben wir viel zu tun. Wir müssen es schaffen, nicht nur das Vertrauen zu rechtfertigen, dass die Wähler*innen uns gegeben haben, sondern auch wieder viele andere zu erreichen, die dieses Vertrauen in demokratische Parteien verloren haben. Große Aufgaben für linke Politik in schwierigen Zeiten, die nicht nur von Senats- oder Parlamentshandeln bestimmt werden und nach Thüringen kann es ein weiterer Testlauf für „r2g“ als Alternative für die Bundesrepublik sein. Um es mit Klaus Lederer zu sagen: „Nicht, dass es leicht würde. Aber es muss doch mal wieder eine Hoffnung entstehen, dass politische Veränderung auch von links durchsetzbar ist, dass es wieder besser werden kann!“

Regina Kittler, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kunstaktion in Hellersdorf

Die Station **D**urbaner Kulturen am Cecilienplatz ist ein engagiertes Projekt, welches seit drei Jahren junge, internationale Künstler in den Bezirk einlädt. Mit der Eröffnung der neuen Ausstellung hat sich das Projekt noch stärken in den öffentlichen Raum bewegt.



Petra Pau, Saskia Köbschall, Juliane Witt und Bernd Preußer im Gespräch.

Foto: Bjoern Tielebein

Direkt an der U-Bahn-Station Kaulsdorf-Nord sind in den Fußgängertunneln künstlerische Arbeiten zu sehen, die sich unter dem Motto „Laboratorium der Solidarität“ mit der Praxis des Miteinanders und der Internationalen Solidarität in der DDR auseinandersetzen.

Zur Eröffnung waren Petra Pau, Julia Witt und weitere Gäste aus dem Bezirk zu Gast. Saskia Köbschall (auf dem Foto mit der Mütze) ist selbst hier im Stadtteil aufgewachsen und gehört zu den Künstlerinnen, die sich aktuell mit spannenden Projekten in den Bezirk einbringen.

Claude Gomis & Saskia Köbschall:
Laboratorium der Solidarität
KUNST IM UNTERGRUND
2016/2017:
Mitte in der Pampa *
8. Okt. 2016 - Okt. 2017
U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord (U5)

* International offener Kunstwettbewerb „Mitte in der Pampa“ im Rahmen des langjährigen nGbK-Projekts Kunst im Untergrund, der zum Ziel hat, ortsbezogene künstlerische Arbeiten im Bereich von U-Bahnstationen der Linie U5 (2016 und 2017) und U55 (nur 2016) und deren Umfeld zu realisieren.

IGA-Campus

Anders als zum Herbstfest hatte die IGA-Presseseite ein Sonnenfenster über Wuhle-Teich und -Tal für den 19. Oktober bestellt. Meine Gummistiefel hatte ich unnötigerweise angezogen. In euphorischen Reden gefielen sich (zu Recht) die Offiziellen. Alle Beteiligten sehen Umweltbildung als wichtige Aufgabe speziell für die Städter. Der ebenfalls anwesende Architekt Kolb hob in seinen Worten zum einen die modulare Bauweise der Campus-Gebäudeteile hervor wie auch ihre auf lange Sicht über die Zeit der IGA 2017 hinaus angelegte Nutzung. André Ruppert, Projektleiter des Umweltbildungszentrums, sprach von bis zu zwölf Schulklassen, die hier gleichzeitig und parallel werden arbeiten können. Nicht nur einheimische Baufirmen (z.B. aus Bautzen) sind am Campus tätig. Das in Berlin ansässige französische Landschafts-Planungsbüro atelier le balto hatte für diesen weitläufigen Lernort in der Natur Ideen, die Studenten aus mehreren Ländern handwerklich umsetzen. Umwelt- und Wissenschafts-Stiftungen tragen zur Ausstattung bei – die Liste der Sponsoren ist lang. Katharina Lohmann betonte die einzigartige Vernetzung und die schon heute vorgesehenen unglaublichen 2.500 Veranstaltungen innerhalb des IGA-2017-Halbjahres auf dem Campus und im Umweltbildungszentrum.

Bernd-R. Lehmann, IG BAU

BVV Marzahn-Hellersdorf konstituierte sich

Zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 27. Oktober 2016

Als Alterspräsident eröffnete Dieter Pomierski von der AfD die konstituierende Sitzung der BVV in der VIII. Wahlperiode und wurde dabei durch die beiden jüngsten Verordneten Robert Kovalev und Tobias Glowatz (beide CDU) als Beisitzer unterstützt. Pomierski sprach von einer Stärkung der Demokratie durch die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 18. September. Er rief dazu auf, gemeinsam, fair und demokratisch miteinander umzugehen und gute Arbeit zu leisten. Es käme darauf an, auch die Kritischen und Unbequemten mit einzubeziehen. Auch Kant wurde zitiert, nach dem der Mensch sich seiner Vernunft bedienen solle. Die Menschen sollten sich gegenseitig als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennen.

An diesem vom AfD-Alterspräsidenten formulierten Anspruch zum Umgang in der BVV (fair und demokratisch) und zur politischen Arbeit selbst (vernunftgeleitet, gegenseitige Anerkennung der Menschen als gleichwertig und gleichberechtigt) muss sich die AfD-Fraktion nun messen und beurteilen lassen.

Bei der Abstimmung über die Geschäftsordnung und die Änderungsanträge zur Geschäftsordnung, die als Tischvorlage vorlagen, beantragte der Fraktionsvorsitzende der AfD, Rolf Keßler, die Vertagung dieser Anträge. In einer Auszeit einigten sich die Vorsitzenden aller Fraktionen schließlich, einen Teil der Änderungsanträge in der Sitzung zu beschließen – auch mit Stimmen der AfD-Fraktion. Dem Protestgebaren und der Mythenbildung über die „kalte Art und Weise“ (Keßler) der Änderung der Geschäftsordnung über Tischvorlagen konnte so wirksam begegnet werden.

Die gemeinsame Kandidatin der LINKEN, CDU und SPD für das Amt der Vorsteherin war Kathrin Bernikas (CDU). Fast alle Verordneten stimmten für Frau Bernikas: Bei 54 gültigen Stimmen stimmten 50 Verordnete mit Ja, zwei enthielten sich und zwei stimmten mit Nein. Als

Stellvertreter trat Manfred Bittner (AfD) gegen den gemeinsamen Kandidaten der LINKEN, CDU und SPD, Klaus-Jürgen Dahler (DIE LINKE), an. Mit 36 Ja-Stimmen kann unser Verordneter nun auf eine breite Mehrheit als stellvertretender Vorsteher bauen. Für Manfred Bittner stimmten 15 Verordnete, 3 enthielten sich. Dahler warb dafür, Rassismus und Rechtsextremismus in der BVV keinen Raum zu geben. Als Beisitzerinnen wurden Liane Ollech von der SPD (43 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,

Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vereinbaren gemeinsame politische Handlungsfelder

Zur Konstituierung der BVV Marzahn-Hellersdorf am 27. Oktober 2016 unterzeichneten die Bezirks- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN und von Bündnis 90/Die Grünen eine Vereinbarung über eine kommunalpolitische Zusammenarbeit im Bezirksparlament in der VIII. Wahlperiode. Gemeinsame politische Handlungsfelder werden Bürgerbeteiligung und Demokratie, Vielfalt und Toleranz, Soziales, Integration, Umwelt- und Klimaschutz sowie Verkehr sein.

Cordula Streich, bündnisgrüne Bezirksverordnete erklärt dazu:

„Ich freue mich, dass bündnisgrüne Initiativen wie das Klimaschutzkonzept, der Fahr-Rat sowie der Bezirksplan gegen Trans- und Homophobie fortgeführt werden. Dazu bringen wir mit der AG ÖPNV und den Stadtteilmüttern neue Projekte auf den Weg.“

Bjoern Tielebein, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, ergänzt:

„Wir freuen uns, mit dieser Vereinbarung die Kooperation mit den Bündnisgrünen in der BVV fortführen und vertiefen zu können. Die

5 Enthaltungen) und Maria Arlt von der AfD, Religionspädagogin und Sekretärin bei der evangelischen Kirche (26 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 19 Enthaltungen) gewählt. Anschließend konstituierte sich der Vorstand der BVV, und die Verordneten sowie die Vorsteherin wurden verpflichtet.

Beschlossen wurden auch die Bildung des Ältestenrates sowie der Ausschüsse. Der AfD-Antrag zur Bildung eines Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung wurde zurückgezogen. DIE LINKE, SPD und CDU waren dem durch den Vorschlag für einen ähnlich lautenden Ausschuss zuvorgekommen.

Thomas Braune

Linksfraktion wird die Gruppe von Bündnis 90/Die Grünen in den vereinbarten Schwer-



Präsentieren die Vereinbarung: Nickel von Neumann, Stefan Ziller, Cordula Streich (alle Bündnis 90/Die Grünen), Norbert Seichter, Björn Tielebein (beide DIE LINKE) - v.l.n.r. Foto: Paul Kneffel

punkten unterstützen. Gemeinsam werden wir in Marzahn-Hellersdorf unter anderem für Solidarität, Toleranz und Menschlichkeit eintreten.“

Die vollständige Vereinbarung und Fotos finden Sie auf den jeweiligen Internetseiten.

Kurz informiert aus dem Bezirksvorstand: Vor dem Mitregieren

Im Wahlkampf fielen inhaltliche Aussprachen im Bezirksvorstand zugunsten der vielen operativen Fragen häufig unter den Tisch. Im Oktober gab es den Schwebezustand vor dem Mitregieren im Land und vor Konstituierung von BVV und Bezirksamt, und siehe da, der Vorstand der LINKEN im Bezirk nahm sich Zeit für eine ausführliche Diskussion über den Standort Dingolfinger Straße. Dort, unmittelbar neben TaP und neuer Eigenheimsiedlung hatte die Große Koalition einen weiteren Standort einer Unterkunft für 500 Geflüchtete nach dem Standard der Zossener Straße vorgesehen. Ungeachtet der Senatsauffassung hatten Gräff und Czaja im Wahlkampf mit ihrer Ablehnung von Standorten in ihren Wahlkreisen Wählerstimmen eingesammelt. Wie soll sich nun DIE LINKE positionieren, nachdem die Zossener Straße Mitte Oktober in Betrieb genommen wurde? Die meisten Mitglieder des Vorstandes, die das Provisorium in der Zossener von innen kennen, bezogen eine sehr

skeptische Haltung zur Frage, ob in solcher baulichen Hülle eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten überhaupt möglich ist, unabhängig von den Qualitäten des jeweiligen Betreibers. Die Herausforderung: Eine deutliche Ablehnung der geplanten ähnlich miesen Standards für die Dingolfinger Straße öffentlich zu machen, ohne in die Nähe von Forderungen à la „Keine Flüchtlinge vor meiner Haustür“ aus der CDU zu kommen und damit wiederum ähnlich populistisch wie die AfD zu agieren. DIE LINKE wird also fordern: Wenn schon Dingolfinger Straße, dann muss dort ganz anders als in der Zossener gebaut werden. Zumal die Erfahrung aus der zunächst „nur für ganz kurze Fristen“ vorgesehenen Turnhallenbelegung lehrt, dass die für jetzt drei Jahre geplanten Provisorien in modularen Unterkünften sicherlich länger in Betrieb bleiben.

Selbstverständlich hatte der Vorstand auch andere Fragen zu entscheiden. Zustimmung gab

es zu geplanten Vereinbarungen mit den anderen demokratischen Parteien in der BVV über eine kommunalpolitische Zusammenarbeit im Bezirk und zur Einberufung der Besonderen Vertreter_innenversammlung am 13.1.2017 in Vorbereitung auf die Bundestagswahl. Wir konnten noch nicht wissen, dass Wolfgang Brauer fast zeitgleich mit der Vorstandssitzung seinen Austritt aus der LINKEN erklären würde, dennoch gab es zur weiteren politischen Arbeit in beiden an die AfD verlorenen Wahlkreisen erste Überlegungen, wie DIE LINKE dort vor Ort arbeiten wird. Das war schließlich auch ein Thema auf der Hauptversammlung im Oktober.

In Vorbereitung der Besonderen Vertreter_innenversammlung am 13. Januar 2017 erhalten die Basisgruppensprecher_innen in den nächsten Tagen Post, da sie in ihren Basisgruppen bzw. Wahlgemeinschaften Vertreterinnen und Vertreter zu wählen haben.

Uli Clauder

IGA-Herbstfest 2016

Menschen in Massen strömten zu und durch die Gärten der Welt. Gar bis auf die Wuhle-Wiesen geparktes Blech. Niemand schien sich am 16. Oktober, dem letzten Öffnungstag vor Beginn der IGA 2017, von dem trüb-nass-kalt-dunklen Wetter stören zu lassen. Die Gondeln der Seilbahn hingen tief am Himmel und den Kienberg überragte ein unfertiger Turm, dem „seine Wolke“ noch fehlt. Zu Rundtouren mit fachkundiger Begleitung starteten jede Viertelstunde Besuchergruppen. Darunter auch Gewerkschafter*innen von Reinickendorf bis Neukölln. Das Dutzend



Herbstfest-Rundgang mit Petra Pau.

Foto: B.-L.: Lehmann

Linker um Petra Pau, hier als Stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins Gärten der Welt, und Julia Witt, amtierende Bezirksstadträtin, hatte selbst als kleine Gruppe Schwierigkeiten, sich in dem Gewimmel nicht zu verlieren. An einem Bratwurst-Stand war bereits 14.30 Uhr nichts Essbares mehr zu erhalten – der Nachschub wurde erst organisiert. Dafür blieb das Angebot an den zahlreichen anderen Verkaufs-, Bastel- und Info-Ständen vielfältig und schier unerschöpflich; etliche Besucher*innen verließen die Gärten mit vollen Beuteln. Für ausgelassene Kinder boten sich Aktivitäten an mehreren Orten –

besonders gefiel den Lütten das natürliche Laubschlacht-Gehege. Denen zu kalt ward, die nutzten die Möglichkeit sich vor einer der beiden Bühnen warm zu tanzen. Ein echt gelungener Saisonabschluss. Die Baustellenbereiche blieben mit Zäunen abgesperrt, doch war durch diese die fortgeschrittene Ausführung gut zu erkennen. Für das Halbjahresprogramm der eigentlichen IGA 2017 mag das Amphitheater mit seinen 5.000 Plätzen geeignet erscheinen, doch welcher Nutzung sieht es ab 2018 entgegen? Diese Frage stellt sich gleichermaßen für die übrigen großen Veranstaltungsräume, so des Haupteingangsgebäudes. Den Anpflanzungen, die großenteils schon 2015 erfolgt sind, bekommt die Witterung. Sollte der nächste Winter gleich seinem Vorgänger mild gestimmt sein, haben Bauleute und Gärtner keine Not, alles plangemäß bis zum 13. April fertig zu stellen. Zaubrerhafte Feen im Märchen-Areal verabschiedeten uns zurück in die reale Welt. Wir kauften unsere Dauerkarte 2017 und nach einem obligatorischen Feuerwerk schlossen die Gärten der Welt für die kommenden sechs Baumonate.

Bernd-R. Lehmann, IG BAU

Aus den Siedlungsgebieten:

Kein Parkverbot am Rosenhag

Als im Jahr 1896 Mahlsdorfer junge Männer einen Turnverein mit dem Namen „Eintracht“ gründeten und diesen 1897 in das Adressbuch für Vereine und Verbände aufnehmen ließen, da ahnte noch keiner, dass viele Jahre später ein Sportplatz des Vereins Eintracht Mahlsdorf zu zugewanderten Straßen rund um den Rosenhag führt. Der Traditionsverein, der seit den 1920er Jahren als Arbeitersportverein unter dem Namen „Adler Mahlsdorf“ Fußball spielte, wurde 1933 mit der Machtübernahme der Nazis verboten. Erst nach dem Ende des verheerenden Zweiten Weltkriegs wurde wieder eine Männermannschaft unter dem Namen Eintracht Mahlsdorf aufgebaut. Ein besonderer Schwerpunkt des Vereins liegt bei der Kinder- und Jugendarbeit. Gegenwärtig spielen hier drei Herrenmannschaften in der Berlin-Liga, in der Landesliga Berlin und der Kreisklasse. Es gibt 19 Nachwuchsmannschaften im Kinder- und Jugendbereich. Das beginnt mit den Junioren, die noch nicht das 7. Lebensjahr erreicht haben, und endet mit der A-Jugend, denjenigen, die noch nicht das 19. Lebensjahr erreicht haben. Die Trainer und Betreuer leisten hier, bei einer geringen Aufwandsentschädigung, mehrfach in der Woche und an den Wochenenden eine wichtige

und gemeinnützige Arbeit zur Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Und bei Heimspielen dieser Mannschaften müssen auch wegen der schlechten Anbindung durch den ÖPNV die „Gegner“ und deren Fans mit dem Auto anreisen. Die jetzigen 30 Stellplätze für PKW reichen natürlich nicht aus. Das führt zu Parkproblemen im Umfeld des Sportplatzes. Deshalb ist der Ansatz des Bezirksamtes für einen größeren Parkplatz durchaus zu begrüßen. Obwohl die anvisierten 50 Stellplätze wohl das Problem auch nicht lösen würden. Allerdings führt das von der SPD in der vergangenen Wahlperiode eingebrachte „Parkverbot“ rund um den Rosenhag in die Irre. Die Gäste des Vereins würden dann das Parken wohl in die umliegenden Straßen verlagern. Auch in Würdigung der tollen Kinder- und Jugendarbeit und der Entwicklungen im Männerbereich von Eintracht Mahlsdorf sollten keine Einschränkungen für die Besucherinnen und Besucher der Sportstätte vorgenommen werden. Bisher halten sich die Beschwerden nach Auskunft des Vereins in Grenzen. Deshalb gibt es wohl keinen Anlass, ohne Not solche Maßnahmen zu ergreifen, die es den Gästen des Vereins unnütz erschweren, hier ihren Sport zu treiben.

Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter

Linke Umweltpolitik - wie weiter?

Eine neue Wahlperiode bricht an. Es wird die Verantwortung aller demokratischen Kräfte sein, berechnete Interessen und Fragen von Bürgerinnen und Bürgern wahrzunehmen und sich offen mit Problemen auseinanderzusetzen. Dazu gehören auch die IGA 2017 und die daraus resultierenden Herausforderungen.

Dazu gehören die Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Flächen um Kienberg und Wuhleteich nach der IGA, die Begleitung des weiteren Waldumbaus um und auf dem Kienberg, die Grundwassersituation auf dem Gebiet der Gärten der Welt und im Wuhletal und die weitere Renaturierung der Wuhle. Hier wie auch in der Hönower Weierkette geht es auch darum, durch geeignete Maßnahmen das natürliche Wasserdargebot zu stabilisieren. Ebenso wie die Erhaltung naturnaher Grünflächen trägt dies zur Entwicklung von Kohlenstoffsenken bei, ein Beitrag zum Klimaschutz.

Die „Strategie 2020“ zum Erhalt der natürlichen Artenvielfalt gilt es, weiter mit Leben zu erfüllen und finanziell abzusichern. Für freie Träger der Umwelterziehung gilt es, den Einstieg in eine Regelfinanzierung zu finden. Es ist ein Anspruch linker Umweltpolitik, Zugang zu Umweltbildung und Naturerlebnis für alle zu ermöglichen.

Es gibt aber auch Belange der Umweltpolitik, die Menschen direkt betreffen – z.B. das Problem Verkehrslärm und der Umgang damit. Dazu gehört auch die Entwicklung der Lärminderungspläne durch den Senat, die überhaupt erst einmal die Voraussetzung für ein Verfahren z.B. mit der Deutschen Bahn sind, um dort Investitionen zu bewirken.



Schild am U-Bahnhof Hönow - vor der Weierketter

In der vergangenen Wahlperiode blieb der Bezirk „außen vor“, nur relativ wenige „netzaffine“ Menschen beteiligten sich direkt, viele der Probleme v.a. älterer Menschen z.B. mit dem Eisenbahnlärm in Höhe der Märkischen Allee blieben im offiziellen Verfahren daher unberücksichtigt ...

In der kommenden Wahlperiode wird es einen gemeinsamen Ausschuss für Umwelt, Natur und Lokale Agenda 21 geben, die betreffenden Ämter stehen unter Leitung eines CDU-Bezirksstadtrates. Wir werden aber gerade auch als DIE LINKE an den umweltpolitischen Fragen dranbleiben.

Frank Beiersdorff

Zur Person: Maurice Martin

Der Hellersdorfer Maurice ist 15 Jahre alt, geht in Hellersdorf zur Schule, will dort das Abitur machen und danach studieren. Seit dem 1. April dieses Jahres ist er jüngstes Mitglied der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf.

● *Maurice, warum bist du in DIE LINKE eingetreten?*

M.M.: Seit der 6. Klasse musste ich die Tagesschau gucken. Anfangs war ich davon nicht sehr begeistert, aber ich habe schnell angefangen, mich für Politik zu interessieren. Und, auch wenn es klischeehaft klingt, hat mich Gregor Gysi mit seinen Positionen schnell von der LINKEN überzeugt. Zur Berlinwahl 2011 habe ich an einem Infostand dann Klaus Lederer getroffen und war begeistert.

● *Denkst du, DIE LINKE ist attraktiv für junge Menschen?*

M.M.: Ich denke, Klaus Lederer als Landesvorsitzender und diesjähriger Spitzenkandidat hat auch viele junge Menschen angesprochen. Und auch im Bezirk gibt es ja viele junge Gesichter in der BVV.

● *Was sagen deine Eltern eigentlich dazu, dass du dich so früh politisch engagierst?*

M.M.: Sie finden es an sich gut, auch wenn sie nicht unbedingt meine politischen Auffassungen und die der LINKEN vertreten.

● *Wie ging es nach deinem Eintritt dann weiter?*

M.M.: Mir war zunächst nicht wirklich bewusst, was man so machen kann als Parteimitglied. Zwei Wochen nach meinem Eintritt fand dann das erste Treffen mit der Jugendgruppe im Bezirk statt.

● *Wie war das Treffen für dich?*

M.M.: Ich fand es interessant, junge Leute zu treffen, die ähnliche politische Ansichten haben. Bei meinem ersten Treffen waren es nicht viele; etwa 5 Leute waren wir. Die Teilnehmerzahl erhöhte sich seitdem aber schnell. Beim letzten Treffen waren wir schon etwa 15. Wir haben überlegt, was wir als Jugendgruppe zum Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr machen könnten. Gegen die AfD wird es sicher nicht leicht. Wir vermuten, dass wer Prominentes aufgestellt wird.

● *Beim Wahlkampf in diesem Jahr hast du auch geholfen?*

M.M.: Ja genau, ich bin Infomaterial stecken gegangen, war am Infostand, habe beim Aufbau und Abbau von Festen geholfen und nach der Wahl Plakate wieder abgenommen.

● *Welche Erfahrungen konntest du am Stand sammeln?*

M.M.: Ich war positiv überrascht, wie viele Leute sich auf ein Gespräch eingelassen haben. Negativ waren höchstens blöde Sprüche beim Flyerverteilen und natürlich, dass Gabriele Hiller ihren Wahlkreis gegen eine AfD-Kandidatin verloren hat, die im Wahlkampf kaum sichtbar war.

● *Woran liegt das deiner Meinung nach?*

M.M.: Ich denke, dass viele Menschen in Hellersdorf einfach voreingenommen sind und vernünftige Argumente nicht mehr an sich ranlassen.

● *Kannst du dir vorstellen für DIE LINKE in der BVV aktiv zu sein?*

M.M.: Ja, auf jeden Fall!

*Das Gespräch führte:
Thomas Braune*



Gregor Gysi und Maurice Martin.

Foto: privat

Spendenaufruf:

Weihnachtsfeier für geflüchtete und wohnungslose Kinder in Marzahn-Hellersdorf

Jedes Jahr veranstaltet DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf für geflüchtete und wohnungslose Kinder eine Weihnachtsfeier.

Im festlich geschmückten Saal im Don-Bosco-Zentrum Marzahn heißen wir sie mit ihren Familien bei Kakao und Kuchen willkommen und überreichen jedem Kind ein individuelles und liebevoll ausgesuchtes Geschenk. Die von ehrenamtlichen Helfer*innen des Bezirksverbandes und der Fraktion DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf organisierte Feier finanziert sich über Spenden. Diese werden bis Ende November im Linken Treff oder über folgendes Konto dankend entgegengenommen.

BV DIE LINKE Marz.-Hell.

IBAN: DE88 1005 0000 2193 8281 67

BIC-/SWIFT-Code: BELADEBEXXX

Konto: 2193828167

BLZ: 100 500 00

Berliner Sparkasse

Verwendungszweck ist immer: MH Spende, Vorname Name, Anschrift

Auch über Sachspenden wie Spielsachen oder Kinderbücher freuen wir uns, bitten aber darauf zu achten, dass es sich um Neuware handelt. Ebenso freuen wir uns über Geschenkpapier, Schleifenband, Geschenktüten und alles, womit wir die Spielsachen in hübsch geschmückte Weihnachtsgeschenke verwandeln können.

Wer beim Einpacken der Geschenke helfen möchte, kann sich gern bei Sarah Fingarow über den Linken Treff melden: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin; Tel: 030 54 12 130, bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
Öffnungszeiten: Mo 13 – 17, Di 10 – 17, Do 13 – 18, Fr 10 – 13 Uhr).

Wenn die eingenommenen Spenden die Kosten für die Weihnachtsfeier übersteigen, werden wir damit Projekte für Kinder in weiteren Unterkünften für Geflüchtete in Marzahn-Hellersdorf unterstützen.

Tag der Regional- und Heimatgeschichte Marzahn-Hellersdorf 2016

» 5.11., 10 - 16 Uhr, Jesuskirche Kaulsdorf, Dorfkern auf dem Anger, **Thema: Zur Kirchengeschichte von Marzahn-Hellersdorf**

Diskussionsabend

» 17.11., 19 Uhr, BO 88 lädt ein: Vortrag **Rolf Berthold** (letzter Botschafter der DDR in China): „Aktuelle Politik in China“, Linker Treff, Interessierte sind herzlich eingeladen!

Basiskonferenz der LINKEN. Berlin

» 15.11., 18 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, im Mittelpunkt stehen die Information und Diskussion der Koalitionsverhandlungen, bevor die Urabstimmung in der Mitgliedschaft beginnt (Fortsetzung am 24.11. - **neuer Termin!** -, 18 Uhr, ebenda)

6. Landesparteitag der LINKEN. Berlin

» 10./11.12., jeweils ab 10 Uhr, 1. Tagung des 6. Landesparteitages, Bunsensaal des WISTA-Veranstaltungszentrums Adlershof, Rudower Chaussee 17, S-Bahnhof Adlershof, 12489 Berlin



... und
DIE LINKE
aktiv
unterstützen:



Hinten links:

Buße

Der dunkel-triste November ist ein Monat voll trauriger Gedenktage:

- 1. November – Allerheiligen,
 - 6. November – Reformationstag in der Schweiz,
 - 9. November – 1918 Novemberrevolution,
1938 Reichspogromnacht,
1989 Grenzöffnung,
 - 13. November – Volkstrauertag,
 - 16. November – Buß- und Betttag,
 - 20. November – Totensonntag,
 - 25. November – UNO-Tag „Gegen Gewalt gegen Frauen“ ...
- Buße ist eine Tugend, die beständige Bereitschaft zu Umkehr (Abkehr vom Bösen), zu Neuanfang und zu Wiedergutmachung. Buße setzt Reue voraus und Verantwortungsbewusstsein. Ilja Ehrenburg schrieb in seinem „Menschen, Jahre, Leben“ (1966/67): „Wie die Menschen auf bestimmte Ereignisse reagieren, ist schwer vorauszusehen. Zuweilen vollzieht sich die Vernichtung Tausender fast unbemerkt. Zuweilen erschüttert die Ermordung eines einzelnen die ganze Welt.“ Am 20. November 1945 begannen die Hauptverhandlungen des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg.

Frage

Erinnern sich die heutigen mächtigen Politiker und Militärs der USA noch ihres damaligen Hauptanklägers Robert H. Jackson, seiner äußerst interessanten Laufbahn und vor allem der Werte, für die er stand – Werte, die die Welt nach Nürnberg mit den USA verband? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» 22.11. (neu!) 6.12. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 3.11., 1.12. jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 1.12., 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin (im November nehmen die BO-Sprecher an dem Treffen im Wahlkreis 4 teil: **3.11., 18 Uhr, Theater am Park**)

» 7.12., 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin (am 3.11. Gesamtmittgliederversammlung im Wahlkreis 4, 18 Uhr, Theater am Park)

Treffen in den Wahlkreisen 3 und 6

» 8.11., 18-20 Uhr, Stadtteilzentrum „Kompass“, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, Treffen aller in den Wahlkreisen 3 und 6 wohnenden Mitglieder der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf mit Kristian Ronneburg (MdA), Themenvorschläge: Wahlauswertung Berlin, Regierungsbildung Berlin, Konstituierung BVV und Bezirksamt in Marzahn-Hellersdorf, Vorbereitung Bundestagswahlen 2017

Treffen im Wahlkreis 2

» 14.11., 18 Uhr, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Treffen aller im Wahlkreis 2 wohnenden Mitglieder der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf mit Dr. Manuela Schmidt (MdA), Themenvorschläge: Wahlauswertung und -analyse, Aktuelles zum Stand der Koalitionsverhandlungen auf Landesebene, aus der BVV und zur Wahl des Bezirksamtes, Weihnachtsmarkt der Nachbarn im Freizeitforum

Sprechstunde mit Petra Pau (MdB)

» 16.11., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum Kieztreff West, Ahrensfelder Chaussee 148, 12689 Berlin, tel. Anm. unter: 030 99289380

Abgeordnetenbüro

» Dr. Manuela Schmidt (MdA), Tel. 030 54980323 und Regina Kittler (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16–18 Uhr, di 9–12 Uhr, mi 15–17 Uhr, do 15–18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 13 - 18 Uhr
Freitag: 10 - 13 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 31.10.2016. Auslieferung ab: 05.10.2016. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 01.12. und am 04.01.2017.